



Sessionsbericht – Frühlingsession 2012

Rapport de session – Session de printemps 2012

27. Februar bis 16. März 2012

Von Iris Grob, Fraktionssekretärin

Die Frühlingsession stand im Zeichen der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“. Der indirekte Gegenvorschlag ist nach jahrelangem Seilziehen endlich unter Dach und Fach. Damit hat sich ein tauglicher Kompromiss zwischen den Anliegen der Volksinitiative und der Handlungsfreiheit der Unternehmen durchgesetzt. Der Nationalrat hat zudem entschieden, dass der Initiative bei einer Volksabstimmung ein direkter Gegenvorschlag – bestehend einzig aus einer „Bonussteuer“ - gegenübergestellt werden soll.

Die Session war für die FDP-Fraktion auch geprägt durch die Frage, wer im April die Nachfolge von Fulvio Pelli als Parteipräsident der FDP. Die Liberalen antreten wird. In der letzten Sessionswoche lagen die Karten auf dem Tisch: Der Aargauer Nationalrat Philipp Müller stellt sich für diese verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe zur Verfügung und lanciert seine Kandidatur.

National- und Ständerat beschäftigten sich in der Frühlingsession mit der Bahnreform 2. Der Preisüberwacher soll seine Kompetenzen bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarifs behalten. Beide Räte sprachen sich zudem gegen eine temporäre Befreiung der Hotellerie von der Mehrwertsteuer aus.

Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Swissness-Vorlage befasst. Weiter wies die grosse Kammer die Vorlage über eine Änderung der Verrechnungssteuer zur Überarbeitung an den Bundesrat zurück und beschloss dafür eine befristete Befreiung der CoCos von dieser Steuer. Zudem hat der Rat bei der Revision des Raumplanungsgesetzes die letzten Differenzen mit dem Ständerat ausgeräumt..

Der Ständerat beschloss, dass der Bundesrat die Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU stoppen muss, solange ein Abschluss der Doha-Runde der WTO nicht zustande kommt. Zudem hat er als Erstrat einer Verschärfung der Pauschalbesteuerung zugestimmt.

In den Schlussabstimmungen wurden u. a. folgende Geschäfte angenommen: die Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA, eine Revision des Aktienrechts, die der Abzockerinitiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird, das Verbot von Streumunition sowie die Vorlage zur Bahnreform 2, welche mit der die technischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Schienenverkehr abgebaut und eine neue gesetzliche Grundlage für Bussen gegen Schwarzfahrer geschaffen werden soll.



1. Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA

Nach dem Ständerat stimmt jetzt auch der Nationalrat dem ergänzten DBA mit den USA mit 110:54:14 zu. Damit wird die Schweiz den USA künftig in Fällen von Steuerhinterziehung auch dann Amtshilfe leisten, wenn sich die Anfrage auf eine Gruppe von nicht einzeln identifizierten Personen bezieht und der Verdacht auf einem bestimmten Verhaltensmuster gründet. Gegen die Vorlage stimmten die SVP und vereinzelte Grüne. Die FDP ist froh über diesen Entscheid. Er stellt einen wichtigen Schritt dar auf dem Weg hin zu einer Globallösung im Steuerstreit mit den USA, welchen uns einige Banken mit ihrem verantwortungslosen Geschäftsgebahren eingehandelt haben. Für die FDP ist klar, dass sie der Ergänzung nur unter der Bedingung zustimmt, dass am Schluss auch tatsächlich eine Globallösung zustande kommt. Die Bundesrätin hat versprochen, das Abkommen erst dann in Kraft zu setzen, wenn es auch so weit ist. Die FDP erwartet, dass dieses Versprechen gehalten wird.

2. Steueramtshilfe

Der Nationalrat hat als Erstrat das Steueramtshilfegesetz gutgeheissen. Dieses regelt die Leistung von Amtshilfe mit ausländischen Staaten auch bei Steuerhinterziehung, gemäss internationalem Standard der OECD. Die grosse Kammer ist dabei mit Unterstützung der FDP-Fraktion weitgehend dem Bundesrat gefolgt und hat die zahlreichen Minderheitsanträge von Links und Rechts verworfen. So hatten weder Anträge zur Verankerung von Gruppenanfragen für sämtliche Staaten eine Chance noch solche Anträge, welche beim Bankgeheimnis wieder einen Schritt zurück hinter geltende Standards machen wollten. Auch die Aufweichung des Bankgeheimnisses innerhalb der Schweiz wurde abgelehnt. Am Ende stimmte der Rat dem Gesetz mit 113:58:2 zu. Mit der Verabschiedung des Amtshilfegesetzes ist für die Weissgeldstrategie des Schweizer Finanzplatzes ein wichtiges Ziel erreicht. Die FDP ist froh darüber, dass sich im Rat die Vernunft durchgesetzt hat. So ist weder der Schritt zurück hinter international geltende Standards ein gangbarer Weg noch die vorseilende Umsetzung von Regeln, die gar noch nicht international als Standard anerkannt sind.

3. Verrechnungssteuer

Die FDP kann bei der Verrechnungssteuer einen Erfolg verbuchen. Ihre Anträge haben sich bei der Beratung des Gesetzes durchgesetzt. Damit soll nun die Ausgabe von Pflichtwandelanleihen (CoCos) in der Schweiz bei einstimmiger Zustimmung von der Verrechnungssteuer befreit werden. Hingegen soll der Bundesrat seine Vorschläge für einen grundlegenden Systemwechsel bei der Verrechnungssteuer überarbeiten. Diese Vorschläge sind noch nicht ausgereift. Der Bundesrat soll zuerst in einer Gesamtschau aufzeigen, in welchem Zusammenhang die Vorlage zu anderen Steuerdossiers steht (u.a. zu den derzeit in Verhandlung stehenden Steuerabkommen mit Deutschland und mit Grossbritannien), und wo er steuerpolitisch hinwill. Die Vorlage ist gestützt auf diese Gesamtschau zu überarbeiten. Die FDP teilt das Ziel des Bundesrates: es braucht eine Änderung, welche es schlussendlich allen Unternehmen ermöglicht, ihre Obligationen und Geldmarktpapiere zu konkurrenzfähigen Bedingungen aus der Schweiz heraus zu emittieren. Die jetzige Vorlage ist hierzu jedoch ungeeignet.

4. Revision des Raumplanungsgesetzes

Seit zwei Jahren feilschen der Stände- und Nationalrat um die Revision des Raumplanungsgesetzes. In der finalen Phase der Differenzbereinigung dieser Vorlage soll sie der grünen Landschaftsinitiative, die ein 20jähriges Verbot von neuen Bauzonen verlangt, als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden. Zentral sind dabei zwei Schlüsselartikel: Artikel 5, welcher die Abschöpfung des Mehrwertes verlangt, den ein Landeigentümer erhält, wenn sein Kulturland neu als Bauland eingezont wird. Die Verpflichtung der Kantone, bei Neueinzonungen eine Abgabe von mindestens 20 Prozent zu erheben, mit der unter anderem Auszonungen entschädigt werden sollen, nahm der Nationalrat mit 117:71 Stimmen (RL 8:18) an und folgte damit dem Ständerat. Die FDP hatte sich stets gegen die



verpflichtende Einführung einer solchen Mehrwertabgabe gewehrt mit dem Argument, dass es in der Verantwortung der Kantone bleiben soll, ob und wie sie eine Mehrwertabgabe einführen wollen.

Wesentlich knapper - mit 95:83 (RL 22:1:3) Stimmen – gab die grosse Kammer auch beim zweiten Streitpunkt nach: der Rückzonung von Bauzonen, die den voraussichtlichen Bedarf an Bauland der nächsten 15 Jahre überschreiten. Die FDP-Liberale Fraktion stimmte diesem Vorschlag zu, weil die Kantone dafür fünf Jahre Zeit erhalten. Es gibt heute Baulandhortung, und die Freigabe von Bauland ist seit Jahren eine Forderung. Die FDP-Liberale Fraktion stimmte diesem Vorschlag zu, weil der Vollzug beim Raumplanungsgesetz hapert. Überrissene Bauzonen dürfte es schon nach dem bisherigen Raumplanungsgesetz aus dem Jahr 1979 nicht geben. Doch das Gesetz, das haushälterischen Umgang mit dem Boden verlangt, blieb 30 Jahre lang ein Papiertiger. Die Bundesbehörden haben überdimensionierte Bauzonen in den Richtplänen stets fraglos akzeptiert und damit die Zersiedelung gefördert. Aus diesem Grund war es für die FDP richtig, dem Bund die Kompetenz zu geben, übergrosszügige kantonale Richtpläne zu korrigieren. Mit den Beschlüssen des Nationalrats, die Kantone auf eine Mehrwertabgabe zu verpflichten und darauf ihre Bauzonen der Nachfrage anzupassen, sind die Bedingungen erfüllt, welche die Träger der Landschaftsinitiative als Voraussetzung für den Rückzug ihres Begehrens genannt haben. Nach der Bereinigung der letzten Differenzen in der Sommersession ist es wahrscheinlich, dass die Initiative zurückgezogen wird.

5. Forschung und Innovation

Im der Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz hat der Nationalrat der Unterstützung eines schweizerischen Innovationsparks durch den Bund zugestimmt. Dieser Innovationspark ist ein wichtiges Element, um unser Land zusammen mit Topuniversitäten, guten Forschern, wenig Bürokratie und tiefen Steuern an der Weltspitze der Innovation zu halten. Mit diesem Mix sichern und schaffen wir Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Innovationspark ist eine 2003 von Nationalrat Ruedi Noser lancierte Forderung, die nun endlich einen weiteren Schritt hin zur Realisierung geschafft hat. Nun gilt es, den Schwung auszunutzen und rasch die Umsetzung anzugehen. Der Bund soll die Errichtung eines nationalen Innovationsparks unterstützen können. Der Nationalrat hiess das revidierte Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz als Erstrat mit 133 gegen 42 (RL: 27:0) Stimmen gut. Die Nein-Stimmen kamen von der SVP. Kernstück des Gesetzes ist Förderung eines Innovationsparks durch den Bund. Vorgesehen ist, dass der Park mehrere Standorte haben und der Bund nicht dessen Träger sein soll.

Das Parlament will ausserdem mehr Geld für die Innovationsförderung. Beide Kammern unterstützten in der Frühjahrssession Motionen ihrer Wissenschaftskommissionen. Beim Bundesrat rennen sie damit offene Türen ein. Die Vorstösse verlangen, dass weitere Projekte vom Bund gefördert werden, die 2011 im Rahmen des Hilfspakets zur Abfederung der negativen Folgen des starken Frankens nicht berücksichtigt wurden. Der Bundesrat hatte bereits angekündigt, den Räten im Nachtragskredit I für 2012 einen Zusatzkredit von 60 Millionen Franken für Innovationsprojekte zu beantragen. Das Parlament entscheidet in der Sommersession.

6. Präventionsgesetz

Der Nationalrat hat sich erneut mit dem Präventionsgesetz befasst. Mit 106 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen (RL: 11:14:1) stimmte der Rat für Festhalten (=Eintreten) auf die Vorlage. Er bestätigt somit seinen ursprünglichen Entscheid. Das Präventionsgesetz geht damit zurück an den Ständerat, der das Eintreten mit einem Unterschied von einer Stimme im Vorfeld abgelehnt hatte. Die Delegierten der FDP hatten sich für dieses Organisationsgesetz ausgesprochen – unter Voraussetzung, dass keine zusätzlichen Kosten geschaffen werden. Hält der Ständerat an seiner ablehnenden Haltung fest, wird die Vorlage abgeschrieben.

7. Betäubungsmittelgesetz

Mit einer Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes soll ein Bussensystem für Kiffer ab 18 Jahren eingeführt werden: Wenn ein Kiffer mit weniger als 10 Gramm Cannabis erwischt wird, kann er mit 200 Franken gebüsst werden, wird aber nicht mehr angezeigt. Ziel der Vorlage ist eine schweizweit einheitliche Bussenordnung bei Cannabiskonsum und die Entlastung der Polizei und der Justiz. Die Debatte im Nationalrat wurde sehr emotional geführt. SVP und BDP scheiterten mit einem Nichteintretensantrag, setzten sich aber bei der Höhe der Busse durch. Die Höhe der Busse beträgt das Doppelte: 200 CHF - die vorberatenden Kommission hatte 100 CHF empfohlen. Auch der Ermessensspielraum für Polizisten, in leichten Fällen von einer Busse abzusehen konnte keine Mehrheit finden. Damit verschärfen sie de jure die Sanktionen für Kiffer. Die FDP hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 13:11:1 Stimmen knapp angenommen (Gesamtabstimmung 111:65). Die Politik könne vor der Tatsache, dass in der Schweiz bis zu 500'000 Personen gelegentlich oder regelmässig kiffen, nicht die Augen verschliessen, warnte FDP Nationalrätin Christa Markwalder. Das Ordnungsbussenmodell verringere zumindest «den ganzen administrativen Aufwand, den die 33'000 Strafanzeigen pro Jahr mit sich bringen».

8. Gegenentwurf zur Minder-Initiative

Der auch in dieser Session beratene indirekte Gegenvorschlag zur Minder-Initiative besteht aus zwei Vorlagen. Vorlage 1 war in der Detailberatung im Nationalrat und enthält keine Bonus-Steuer. Vorlage 2 hingegen beinhaltet aktien- und steuerrechtliche Bestimmungen für den Anteil von Vergütungen, welcher 3 Millionen Franken übersteigt. FDP.Die Liberalen ist erfreut, dass der Nationalrat mit 98:85 erneut einen indirekten Gegenentwurf zur Minder-Initiative mit Bonus-Steuer abgelehnt hat. Die nun beschlossene Lösung bezüglich der Abstimmung über die Vergütung der Geschäftsleitung ist ein annehmbarer Kompromiss zwischen den Anliegen der Initiative und der Handlungsfreiheit der Aktionäre. FDP.Die Liberalen setzt sich weiterhin für ein progressives, flexibles, wirtschaftsnahes Aktienrecht ein, denn die Flexibilität des schweizerischen Aktienrechts ist ein wichtiger Standortvorteil, den es zu wahren gilt. Der indirekte Gegenentwurf wurde in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

9. Swissness

Die Swissness-Vorlage bezweckt die Verstärkung des Schutzes der Herkunftsangabe ‚Schweiz‘ und des Schweizer Kreuzes im Inland und im Hinblick auf die Rechtsdurchsetzung im Ausland. Der Nationalrat diskutierte in diesem Zusammenhang die Frage, wie viel Schweiz drin sein muss, damit Schweiz draufstehen darf? Er entschied gemäss unserer Position, dass bestimmte Lebensmittel als "swiss made" verkauft werden können, wenn 60 Prozent des Gewichts der Rohstoffe aus der Schweiz stammen. Die Quote von 60 Prozent gilt nur für stark verarbeitete Lebensmittel. Für schwach verarbeitete Nahrungsmittel gilt ein Mindestanteil von 80 Prozent. Die FDP begrüsst, dass mit dieser Vorlage den Mehrwert der Marke Schweiz gestärkt und Missbrauch bekämpft werden kann. Wir bedauern jedoch, dass eine unheilige Allianz von SVP und SP eine Sonderregelung für die Milch in schwach verarbeiteten Lebensmitteln durchgebracht haben. Denn diese muss nun zu 100 Prozent aus der Schweiz kommen. Diese Sonderregelung diskriminiert sämtliche anderen Produkte.

10. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Richterwahlen –Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Frau Isabelle Fellrath zur neuen nebenamtliche Richterin am Bundesgericht. Die Stelle wurde nach dem Amtsantritt von François Chaix als hauptamtlicher Richter am Bundesgericht frei.

11. Geschäfte beider Räte

a.o. Session SNB – Beide Räte widmeten sich vor dem Hintergrund der Vorkommnisse um den ehemaligen Nationalpräsidenten Philipp Hildebrand dem Thema Schweizerische Nationalbank. Vorstösse zur Beschneidung der Unabhängigkeit der SNB wurden dabei mit Unterstützung der FDP-Fraktion abgelehnt. Hildebrand hat mit seinen Devisentransaktionen zwar unsensibel gehandelt, verletzte aber keine Reglemente oder Gesetze. Die FDP ist der Ansicht, dass institutionelle Änderungen nicht nötig sind. Ebenso wenig braucht es eine teure und sinnlose PUK zur Untersuchung der Vorkommnisse.

Entschädigungen für Parlamentarier – Der Ständerat will den Lohn und die Vorsorge für Parlamentarier an die Teuerung anpassen. Die kleine Kammer hielt mit 30:4 Stimmen daran fest, auf die entsprechende Vorlage seines Büros einzutreten. Dieses hatte gemäss Parlamentsressourcengesetz vorgeschlagen, Lohn, Entschädigung und Taggeld von National- und Ständeräten wie vorgesehen Anfangs Legislatur der Teuerung anzupassen. Letztmals wurden diese Posten 2008 angepasst, die Spesen und Distanzentschädigungen gar 2005. Der Nationalrat hatte die Erhöhung mit Unterstützung der FDP-Fraktion abgelehnt. Angesichts einer eher verhaltenen Wirtschaftslage und dem starken Franken wäre eine solche „Gehaltserhöhung“ ein falsches Signal. Nun geht der Ball zurück an den Nationalrat.

Mehrwertsteuer – Die Hotellerie wird nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Beide Räte sprachen sich gegen eine Sonderregelung für die Tourismusbranche aus. Damit ist die Vorlage vom Tisch. Die FDP ist froh über diesen Entscheid. Eine Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip für eine einzelne Branche, welche den Bund 150 Mio. Franken kosten würde, lehnt die FDP ab. Auch besteht die Gefahr, dass damit weitere Sektoren Begehrlichkeiten anmelden. Die Hotellerie leidet unter dem starken Franken, Abhilfe soll jedoch über den Weg der administrativen Entlastung sowie die Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz geschaffen werden.

Bekämpfung von Waffenmissbrauch – Mit 91:63 (RL 1:22) Stimmen beschloss der Nationalrat, dass die Armee künftig «automatisch über hängige Strafverfahren informiert wird». Heute ist der Informationszufluss erst dann gewährleistet, wenn eine Verurteilung vorliegt. Die neue Regelung soll es den Militärbehörden ermöglichen, potenzielle Gewalttäter schon während eines Verfahrens zu erkennen und ihnen die Armeewaffe früher wegzunehmen. Auf diese Weise, so hoffen die Politiker, könnten Bluttaten verhindert werden. Die FDP-Liberale Fraktion war der Meinung, dass die kantonalen Strafverfolgungsbehörden in der Verantwortung stehen. Sie haben einen umfassenden Einblick in das Verfahren und können im kantonalen Waffenregister und im Rahmen der Amtshilfe beim Kreiskommandanten alle Daten über den Waffenbesitz einer beschuldigten Person einsehen. Aufgrund dieser Daten und des möglichen Gefährdungspotenzials können die Strafverfolgungsbehörden direkt einen vorläufigen Waffeneinzug anordnen und die Militärverwaltung informieren. Deshalb hat die FDP-Liberale Fraktion die entsprechende Motion abgelehnt. Hinzu kommt, dass die vom Nationalrat beschlossene Zusatzaufgabe mit vernünftigem Aufwand kaum zu bewältigen ist. Würden der Armee alle hängigen Strafverfahren gemeldet, hätte das zur Folge, dass die Militärverwaltung pro Arbeitstag rund 2500 Fälle bearbeiten müsste. Heute sind es etwa 200. Der Ständerat nahm die Motion «Stärkerer Schutz vor Waffenmissbrauch» hingegen oppositionslos an.

Bahnreform 2 – Der Nationalrat ist der Position der FDP gefolgt und hat es mit 151:29 (RL 24:1) entschieden abgelehnt, die Kompetenzen des Preisüberwachers bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarife zu beschneiden. Angesichts dieses klaren Votums ist der Ständerat anschliessend auf die Position des Nationalrats eingeschwenkt. Zuvor hat der Ständerat die Änderung mit 29:10

Stimmen gutgeheissen. Für die FDP galt es hier die Grundsatzfrage zu beantworten, ob man Etatismus pur will bzw. dem Staat die Möglichkeit geben will, die Eigentümerziele der Firma, die zu 100% in seinem Besitz ist, zu fixieren. Auf diese Weise könnten die SBB die Tarife ohne entsprechende Aufsicht in eigener Regie gestalten. Es gibt in der Schweiz kaum ein Unternehmen, das ein geringeres unternehmerisches Risiko kennt als die SBB. Aus diesem Grund hat die FDP die Beschneidung der Kompetenzen des Preisüberwachers abgelehnt.

Konsumentenschutz - Konsumentinnen und Konsumenten welche Waren kaufen oder diese in eine Immobilie einbauen lassen, sind künftig mit längeren Fristen für die Produktgarantie besser geschützt. Doch berufliche Käufer, wie beispielsweise Betriebe, will der Nationalrat nicht von verlängerten Garantiefristen profitieren lassen. Die FDP ist erfreut, dass sich der Nationalrat mit 87:86 Stimmen gegen die Änderung aussprach, mit der der Ständerat besonders dem Kleingewerbe besseren Schutz hatte sichern wollen. Nachdem der Nationalrat sich gegen diese Ausdehnung ausgesprochen hatte, stiess der Ständerat seinen früheren Entscheid um und bereinigte damit die letzte Differenz. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 130:60 gutgeheissen.

Tierschutzgesetz – Die Debatte um das revidierte Tierschutzgesetz war in beiden Räten vom Delfinverbot dominiert. In der Schweiz sollen keine Delfine und keine Wale (sic!) mehr gehalten werden dürfen. Bei der Beratung des Tierschutzgesetzes hiess er am Dienstag einen entsprechenden Einzelantrag von Isabelle Chevalley (GLP/VD) mit 112 zu 60 Stimmen gut. Die FDP stellte sich primär aus ordnungspolitischen Gründen gegen den Antrag (21:3:2) - die Frage eines solch spezifischen Verbots müsse geprüft werden. Während die grosse Kammer jedoch ein Haltungsverbot wünscht, entschied sich der Ständerat für ein Importverbot. Er folgte mit 22 gegen 19 Stimmen der Mehrheit seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK). Mit dem Importverbot werde nicht generell die Haltung von Delfinen verboten. Längerfristig würde das Einfuhrverbot aber dazu führen, dass diese Meeressäuger in der Schweiz nicht mehr gehalten werden, fand die Mehrheit. Mit der Differenz wollte sie erreichen, dass der Nationalrat die Frage des Verbots vertieft prüft.

12. Geschäfte des Nationalrats

11.076 FMI. Approbation de la réforme des quotes-parts et de la gouvernance - La quote-part suisse au Fonds monétaire international (FMI) devrait passer de quelque 5 milliards de francs à environ 8,4 milliards. Le National a donné lundi son aval à cette réforme financière et institutionnelle par 124 voix contre 43. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer. Le PLR salue cette décision.

Revision des Epidemienengesetzes - Der Nationalrat hat mit 152 zu 4 (RL: 21 :0) Stimmen eine Revision des Epidemienengesetzes angenommen. Diese zielt darauf ab, eine angemessene Erkennung, Überwachung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten zu gewährleisten sowie zu einer verbesserten Bewältigung von Krankheitsausbrüchen mit grossem Gefährdungspotenzial für die öffentliche Gesundheit zu beitragen. Neu wird dem Bund allein die Kompetenz gegeben, Impfungen für obligatorisch zu erklären, wenn wegen einer Epidemie eine aussergewöhnliche Lage droht. Das Gesetz geht jetzt an den Ständerat.

Nachrichtenlose Vermögenswerte - Die endlose Geschichte rund um den Umgang mit nachrichtenlosen Vermögenswerten kommt zu einem Ende: Neu sollen nachrichtenlose Vermögen nach 50 Jahren liquidiert werden können und die Gelder an den Bund fliessen. Der Nationalrat hat als Erstrat einer Änderung des Bankengesetzes zugestimmt. Mit 88:86 Stimmen hat sich die grosse Kammer dabei gegen den Willen des Bundesrates und gegen die FDP-Fraktion bei der Erlöschung des Rechtsanspruchs für ein zweistufiges Verfahren entschieden: Nach der Liquidation des Vermögens bei der Bank sollen berechnete Personen ihre Ansprüche noch während weiteren 50 Jahren gegenüber dem Bund geltend machen können.

Aufgabenüberprüfung - Der Bundesrat muss die Aufgabenüberprüfung in der Bundesverwaltung fortsetzen und dem Parlament darlegen, auf welche Aufgaben die Verwaltung verzichtet. Der Nationalrat hat mit Hilfe der FDP-Fraktion eine vom Ständerat abgeänderte Motion mit dieser Forderung überwiesen. Die Räte verlangen, dass der Bundesrat ihnen bis Ende Jahr eine Sammelbotschaft vorlegt.

Easy Swiss Tax - Der Nationalrat hat mit 77:74:3 knapp eine Initiative des Kantons Zürich abgelehnt, die eine Easy Swiss Tax forderte: Einkommen sollten mit Einheitstarifen besteuert werden und nur fixe Einheitsabzüge zulassen, um das Steuersystem zu vereinfachen. Die Easy Swiss Tax ist ein Projekt der FDP. Entsprechend bedauert die Fraktion die Ablehnung der Initiative. Zwar wurde bereits vor einiger Zeit ein Vorstoss der FDP-Fraktion zum Thema Steuervereinfachung überwiesen, der Bundesrat macht hier jedoch nicht vorwärts und präsentiert keine Vorlage. Mit der Initiative hätte der Druck für eine rasche Vereinfachung unseres komplizierten Steuersystems erhöht werden können.

Bürokratie-Stopp – Die FDP begrüsst, dass ihr Anliegen für weniger Bürokratie im Nationalrat mit 130:40 auf eine klare Mehrheit stiess. Mit der Parlamentarischen Initiative von Josef Zisyadis „Bürokratie-Stopp!“ wurde einem perfekten Plagiat der FDP-Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ zugestimmt – Freiherr zu Guttenberg lässt grüssen. FDP. Die Liberalen ist erfreut, dass ihr Kampf gegen die absurde und schädliche Bürokratie nun sogar vom vielleicht letzten bekennenden Kommunisten unterstützt wird. Mit seinen hunderten ebenso kreativen wie für den Steuerzahler kostspieligen Vorstössen – unter anderem für eine TV-Zwangspause von Mitternacht bis 6 Uhr morgens oder ein Verbot von Solarien – ist Zisyadis bisher nicht durch Einsatz für einen schlanken Staat aufgefallen.

Zwangsheiraten – Mit einer Motion hat die ehemalige FDP-Ständerätin Trix Heberlein 2006 den Bundesrat beauftragt, unverzüglich alle notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen (Strafrecht, Zivilrecht, Ausländerrecht usw.) zu ergreifen und ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das geeignet ist, Zwangsheiraten und arrangierte Heiraten zu verhindern, die Opfer wirksam zu unterstützen und ihre Grundrechte zu schützen. Die FDP ist hoch erfreut, dass der Nationalrat nun entsprechende Anpassungen in sechs Gesetzen mit 128:51:3 gutgeheissen hat. Wir begrüssen, dass mit den gesetzlichen Anpassungen zum Ausdruck gebracht wird, dass Zwangsverheiratung ein Verbrechen ist, welches mit bis zu 5 Jahren Haftstrafe bestraft wird. Wichtig ist auch der Grundsatz, dass sämtliche Voraussetzungen für eine Eheschliessung ausschliesslich nach Schweizer Recht beurteilt werden.

Regierungsreform – Der Nationalrat verabschiedete als Erstrat mit 108:56 Änderungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz, welche die Stärkung des Bundesrates als Kollegialbehörde zum Ziel haben. Künftig soll der Bundespräsident von einer Stabsstelle der Bundeskanzlei unterstützt werden. Die Bundeskanzlei selbst erhält mehr Gewicht. Vorgeschrieben wird den einzelnen Bundesratsmitgliedern zudem die Pflicht, das Kollegium regelmässig über Geschäfte zu informieren. Vertreter der FDP haben diese Vorlage in der Kommissions- und Subkommissionsarbeit massgeblich mitgeprägt.

13. Geschäfte des Ständerats

Via sicura – Ohne Gegenstimme beschloss der SR im Rahmen der Differenzbereinigung der Vorlage via sicura, dass der Bund bauliche Massnahmen für sichere Fussgängerstreifen vorschreiben soll. Bislang konnte der Bund den Kantonen lediglich Vorschriften bezüglich der Signalisation machen. Für die FDP lösen neue Vorschriften des Bundes das Problem nicht, sondern es sind die Kantone gefordert die Sicherheit ihrer Fussgängerstreifen zu überprüfen. Hinzu kommt, dass mit der Kompetenzverschiebung vom Kanton zum Bund auch Kosten für den Bund anfallen. Es fehlt jedoch ein entsprechendes Konzept wie der Bund die Sanierung der Zebrastreifen finanzieren soll.

Förderung und Beschleunigung von E-Health - Der Ständerat hat eine Motion mit 26 zu 12 Stimmen überwiesen, welche eine Förderung und Beschleunigung von E-Health in Arztpraxen verlangt.

Förderungsmassnahmen bestehen aus Anreizen bei den Taxpunkten, Festlegung der Regeln für verbindliche Standards und Unterstützung von Studien und Versuchen von fachübergreifenden Lösungen. Der Ständerat hat hingegen eine vom Nationalrat gewünschte Anschubfinanzierung für die notwendigen Investitionen, abgelehnt. Aus unternehmerischen Gesichtspunkten sei es primär die Aufgabe der Ärzte und Ärztinnen selbst, in ihren Praxen für eine zeitgemässe Arbeitsweise und dementsprechend für die notwendigen Infrastrukturen zu sorgen. Zudem werden die jüngeren Ärztinnen und Ärzte logischerweise den Sprung wagen, da sie an elektronische Medien gewöhnt seien.

Steuerbarkeit der Demenzpolitik - Der Ständerat hat dem Bundesrat zwei Motionen stillschweigend überwiesen, welche die Schaffung einer nationalen Strategie für Demenzzranke verlangt. Ziel ist, optimale Behandlungsmethoden für alle Betroffenen zu schaffen.

Agrarfreihandel – Auch der Ständerat zieht in Sachen Agrarfreihandel die Bremse: Er stimmte als Zweitrat einer Motion mit 26:16 Stimmen zu, welche die Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen unverzüglich stoppen will. Die FDP bedauert diesen Entscheid.

Pauschalbesteuerung - Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage zur Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Er beschliesst mit 35:0:5 an dieser Besteuerungsform festzuhalten, jedoch die Bedingungen für deren Anwendung zu verschärfen. So soll die Mindestlimite für den weltweiten Aufwand auf das Siebenfache des Mietzinses oder das Dreifache des Pensionspreises für Unterkunft und Verpflegung erhöht werden. Zudem gilt neu eine minimale Bemessungsgrundlage von 400 000 Franken. Anträge von Links die Mindestlimiten noch mehr zu erhöhen fanden keine Zustimmung. Die FDP ist mit dieser Lösung zufrieden. Sie trägt gleichzeitig Standortüberlegungen und dem Steuergerechtigkeitsprinzip Rechnung.

Marktzutritt für Finanzdienstleister - Der Ständerat will derzeit keine Verhandlungen über den Zutritt von Finanzdienstleistern zum EU-Markt. Er lehnte eine entsprechende FDP-Motion mit 27:7 ab. Damit wurde die Chance verpasst, der Sicherung des Marktzutritts auch angesichts der derzeit aktuellen Regulierungsprojekte der EU mit ihren ungünstigen Drittstaatenregelungen für Länder wie die Schweiz einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Strafrecht - Der Nationalrat hat in der letzten Session eine Motion, die wieder kurze Freiheitsstrafen statt bedingte Geldstrafen möchte, in einen Prüfungsauftrag umgewandelt. Der Grund dafür ist, dass der Bundesrat die Revision des Strafgesetzbuchs bereits aufgegleist hat. Der Ständerat hat dieser Änderung ohne Gegenstimme zugestimmt.

14. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Postulat FDP-Fraktion: Frühwarnsystem für die Erkennung von sich anbahnenden Wirtschaftskrisen einrichten – Der Bundesrat soll einen Bericht vorlegen, wie ein über die Arbeiten der Expertengruppe Konjunkturprognosen hinausgehendes Frühwarnsystem für die Erkennung von sich anbahnenden Wirtschaftskrisen geschaffen werden kann.

Dringliche Interpellation FDP-Fraktion: Keine schleichende Ausdehnung von Gesamtarbeitsverträgen auf andere Branchen! - Mit der neuen Praxis der Allgemeinverbindlich-Erklärung von GAV des Bundesrates wird die Verbandsfreiheit ausgehöhlt. Das Verfahren ist auch rechtstaatlich und demokratisch nicht haltbar.

Der Bundesrat wurde deshalb gebeten, die nachstehenden Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt der Bundesrat, damit den gesetzlichen Vorgaben des AVEG künftig konsequent nachgelebt wird?
2. Was kehrt der Bundesrat vor, damit auch im Verfahren um die Allgemeinverbindlich-Erklärung von L-GAV die rechts staatlichen Verfahrensregeln eingehalten werden (EMRK, BV, BGÖ)?

3. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass - ein GAV sich grundsätzlich an eine bestimmte Branche richten und nicht auf weitere Branchen ausgedehnt werden soll, - dabei im Interesse der Rechtssicherheit die ‚Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige‘ (NOGA-Systematik des BFS) massgebend bleiben muss?
4. Schliesst sich der Bundesrat der Auffassung an, dass die AVE von derartiger Tragweite ist, dass sie nicht bloss im Verwaltungsverfahren ohne Rechtsmittel zu entscheiden ist?

Motion FDP-die Liberale Fraktion: eHealth-Forschungsprogramm - Mit der neuen Bundesstrategie für die digitale Zukunft der Schweiz will der Bundesrat die IKT mit ihrem Innovationspotential gezielt fördern, um die zahlreichen Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz zu nutzen. Die KVG-Reformen Spitalfinanzierung (04.061) und integrierte Versorgung (04.062) bezwecken innovative und nachhaltige Versorgungsformen, die eine rasche Einführung von adäquaten EHealth-Instrumenten benötigen. Somit können wirksame, qualitativ hochwertige und kostengünstigere Prozesse im Gesundheitssystem realisiert werden.

Motion FDP-Liberale Fraktion: Interdepartementale Herangehensweise für die nächste Legislaturplanung - Der Bundesrat wird beauftragt, bei der Beurteilung der Ausgangslage der Schweiz und der Ausarbeitung der Ziele und Massnahmen für die nächste Legislaturplanung keine sektorielle, sondern eine interdepartementale Herangehensweise anzuwenden.

In Kapitel 7.1 (Nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene) der Botschaft zur Legislaturplanung 2011-2015 schreibt der Bundesrat „Für die Umsetzung seiner Politik möchte der Bundesrat vermehrt weg von einem sektoriell orientierten Denken hin zu stärker querschnittsorientierten Lösungsansätzen wechseln“. Dieser Ansatz ist begrüssenswert, doch der Entwurf zur Legislaturplanung 2011-2015 widerspiegelt genauso ein Denken in sektoriellen beziehungsweise departementalen Strukturen, wie die Legislaturplanung 2007-2011. Von einer profunden Beurteilung der Ausgangslage in der sich die Schweiz befindet, hätte eine stringente Legislaturplanung abgeleitet werden können. In einer immer komplexer werdenden Welt, ist eine solche departementale Herangehensweise eine Barriere für effizientes Regieren. Herausforderungen sind heute vernetzter als je zuvor: Es sind nicht nur meistens verschiedene Bereiche gleichzeitig betroffen, vermehrt muss auch die internationale Dimension berücksichtigt werden.

Motion FDP-Liberale Anpassung des Natur- und Heimatschutzgesetzes in Bezug auf die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und ihrer Aufgabe als Gutachterin. Bewilligungsverfahren haben einen bremsenden Einfluss auf die Realisierung von Projekten, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. In diesen Verfahren müssen die Projekte je nach Technologie aufwendige Verfahren auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Stufe durchlaufen, in welche verschiedenste Ämter und Stellen involviert sind, so auch die ENHK. Demokratisch gewählte Behörden (Gemeinderäte, Regierungsräte, Gerichte) dürfen heute von den Schlussfolgerungen eines ENHK-Gutachtens kaum noch abweichen. Dieser Zustand kann nicht mehr länger akzeptiert werden. Ziel der Motion ist es, dass das Gutachten der ENHK künftig zwar eine gewichtige, jedoch nicht allein ausschlaggebende Entscheidungshilfe sein soll.

Motion FDP-Liberale Fraktion: Organisatorische und finanzielle Gleichstellung KTI und SNF - Das FIG ist dahingehend zu ändern, dass die Institutionen in den Bereichen Forschungs- und Innovationsförderung nach den gleichen organisatorischen, rechtlichen sowie finanziellen Gesichtspunkten geregelt werden. Namentlich ist die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) dem Modell des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) anzugleichen. An den Aufgaben sowie an der inhaltlichen Ausrichtung der beiden Institutionen ist festzuhalten.

Die Behördenkommission als Organisationsform der KTI ist nicht zweckmässig. Das Jährlichkeitsprinzip in der Kreditführung (bei grösstenteils mehrjährigen Projekten) und die fehlende Möglichkeit, Rückstellungen zu bilden, schränken die KTI-Förderung unnötig ein. Eine Unabhängige Stiftung (ana-

log zum SNF) wäre eine optimale Lösung. Weitere Vorteile dieser Lösung wären eine starke administrative Vereinfachung, eine klare Aufteilung zwischen strategischer und operativer Ebene und vereinfachte Entscheidungsfindung, da Kompetenzen und Verantwortung bei einer Stiftung auf derselben Ebene angesiedelt sind.

Motion: Wohlstandsflüchtlinge direkt ins Heimatland wegweisen, Selbsteintrittsrecht nach Dublin II anrufen – Der Bundesrat wird mit dieser Fraktionsmotion aufgefordert, gestützt auf Artikel 3 Absatz 2 der Dublin-Verordnung das Selbsteintrittsrecht anzuwenden, wenn dies aus humanitären Gründen angezeigt ist oder wenn die rasche Überstellung von Dublin-Fällen ins Erstasyland nicht möglich ist. Personen, bei denen keine Asylgründe vorliegen, können so direkt ins Heimatland wegweisen werden. Diese Massnahme verbessert die desaströse Asylunterkunftssituation in der Schweiz, garantiert faire und rechtsstaatliche Verfahren, ermöglicht den effizienten Vollzug von Nicht-Eintretensentscheiden, demonstriert Solidarität mit den Mittelmeerstaaten und reduziert gleichzeitig die Attraktivität der Schweiz als Asylland für Personen ohne Asylgrund.

15. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 23 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Frühjahrsession abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 134:56 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 39:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss über die Ergänzung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und den USA, mit der sich die Schweiz verpflichtet, den USA auch bei Gruppenanfragen Steueramtshilfe zu leisten;
- › mit 122:73 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 24:13 Stimmen bei 4 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament dem Stimmvolk die eidgenössische Volksinitiative "Für ein gutes Klima" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 119:77 Stimmen bei 1 Enthaltung und 36:6 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament die Volksinitiative "Sicheres Wohnen im Alter" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 138:52 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 28:7 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament dem Stimmvolk die Volksinitiative "Schutz vor Passivrauchen" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 156:73 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 31:6 Stimmen bei 6 Enthaltungen ein Bundesbeschluss, in dem das Parlament die Volksinitiative "Jugend + Musik" zur Ablehnung empfiehlt;
- › mit 193:0 Stimmen bei 1 Enthaltung und 42:1 Stimmen eine Revision des Aktienrechts, die der Abzockerinitiative als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt wird;
- › mit 152:31 Stimmen bei 12 Enthaltungen und 43:0 Stimmen eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes, mit der die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Verbots von Streumunition geschaffen werden;
- › mit 151:32 Stimmen bei 14 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens über Streumunition;
- › mit 187:7 Stimmen und 39:4 Stimmen eine Revision des Waldgesetzes, mit der die Rodungersatzpflicht gelockert wird;
- › mit 130:60 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 38:5 Stimmen eine Revision des Obligationenrechts, mit der die Produktgarantien verlängert werden;
- › mit 195:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über den zweiten Schritt der Bahnreform 2, mit der die technischen Hindernisse im grenzüberschreitenden Schienenverkehr abgebaut und eine neue gesetzliche Grundlage für Bussen gegen Schwarzfahrer geschaffen werden;
- › mit 197:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten;
- › mit 192:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 43:0 Stimmen eine Revision des Tierseuchengesetzes, mit der die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen in der Tierseuchenbekämpfung neu geregelt und der Hausierhandel mit Hundewelpen verboten werden;

- › mit 137:0 Stimmen bei 59 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Honkong;
- › mit 197:0 Stimmen und 42:1 Stimmen die revidierte Verordnung der Bundesversammlung zu den Löhnen und Anstellungsbedingungen der Richterinnen und Richter des Bundesstraf-, des Bundesverwaltungs- sowie des Bundespatentgerichts;
- › mit 191:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über die Änderung des Höchstalters für Richter und Richterinnen des Bundesstraf-, des Bundesverwaltungs- sowie des Bundespatentgerichts;
- › mit 195:0 Stimmen und 43:0 Stimmen das Bundesgesetz über die Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung;

Das Parlament befand auch über **sechs Doppelbesteuerungsabkommen**, in denen die Amtshilfe in Steuerfragen auf Steuerhinterziehung ausgeweitet wird. Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 100:15 Stimmen bei 82 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Rumänien;
- › mit 160:12 Stimmen bei 24 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Schweden;
- › mit 182:13 Stimmen bei 1 Enthaltung und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Singapur;
- › mit 178:14 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit Malta;
- › mit 102:13 Stimmen bei 79 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Slowakei;
- › mit 115:16 Stimmen bei 64 Enthaltungen und 43:0 Stimmen der Bundesbeschluss über das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Republik Korea.

Abstimmen können wird das Stimmvolk über die **Klimainitiative** sowie die beiden Initiativen "**Sicheres Wohnen im Alter**" und "**Schutz vor Passivrauchen**".